

Das Minarettverbot in der Schweiz

Christian Ruch, Chur/Schweiz

Anmerkungen zum überraschenden Ausgang einer Volksabstimmung

Es kommt äußerst selten vor, dass die Schweiz im Ausland die Schlagzeilen beherrscht – am 29. November 2009 war es jedoch so weit, und das mit einem wahren Paukenschlag: Mit 57,5 Prozent hatten die Stimmberechtigten eine Verfassungsinitiative zugunsten eines Bauverbots für Minarette angenommen. Das Ergebnis überraschte inner- wie außerhalb der Schweiz, zumal die Prognosen im Vorfeld der Abstimmung von einer ablehnenden Mehrheit ausgegangen waren. Bemerkenswert war darüber hinaus, dass die Initiative vor allem in ländlichen Regionen die Stimmenden überzeugen konnte, während sie in den Kantonen Genf und Basel-Stadt sowie in der Stadt Zürich abgelehnt wurde.

Seitdem wird zum Teil in einer äußerst gereizten Tonlage über die Ursachen und Konsequenzen des Verdikts diskutiert. So stellt sich beispielsweise die Frage, ob der sofort in Kraft getretene Verfassungsartikel nicht gegen die auch in der Schweizer Bundesverfassung garantierte Religionsfreiheit und das Diskriminierungsverbot verstößt und vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg Bestand haben wird, sofern dort gegen das Minarettverbot geklagt werden sollte. Schon die Plakate der Initiativbefürworter hatten die Gemüter erhitzt, zeigten sie doch raketenartige Minarette, die aus einer Schweizer Fahne wachsen, sowie eine

schwarz verhüllte, finster dreinblickende Muslima.¹ In mehreren Städten, darunter Basel und Genf, wurde das Aufhängen des – übrigens von einem Deutschen gestalteten – Plakats auf öffentlichem Grund verboten, was parallel zur Diskussion um das Minarettverbot eine hitzige Debatte um das Plakatverbot nach sich zog und den Initianten so eine kostenlose und höchst effiziente Plattform bot. Die Aktionen und Argumente der Initiativgegner, darunter fast alle Parteien, kamen dagegen etwas kleinlaut und ausgesprochen lustlos daher, dies in der irrigen Annahme, der Schweizer Souverän werde schon Vernunft walten lassen und dem Ansinnen eines Minarettverbots eine Abfuhr erteilen. Doch wer sind die Initianten, die an ihren Erfolg wohl selbst nicht geglaubt hatten und deshalb am Abstimmungsabend fast etwas perplex zur Kenntnis nehmen durften, dass sie gewonnen hatten? Hinter der Initiative steht ein sogenanntes „Egerkingener Komitee“, benannt nach einem kleinen Ort im Kanton Solothurn. Dieses Komitee vereint Minarettgegner aus Wangen bei Olten (Kanton Solothurn), Langenthal (Kanton Bern) und Wil (Kanton St. Gallen). In den drei Orten stand vor rund vier Jahren die Frage eines Minarettbaus an, was Einsprachen sowie teilweise landesweit geführte, schon damals höchst kontroverse Diskussionen nach sich zog. Dem Komitee gehören außerdem die Na-

tionalräte Ulrich Schlüer und Walter Wobmann an, beide Mitglieder der rechtspopulistischen Schweizerischen Volkspartei (SVP). Zum eigentlichen Initiativkomitee zählten neben Schlüer und Wobmann weitere SVP-Parlamentarier sowie zwei Mitglieder der „Eidgenössisch-Demokratischen Union“ (EDU). Diese Kleinpartei wurde 1975 von rechtsgerichteten Politikern gegründet und ist heute ausgesprochen evangelikal-biblizistisch ausgerichtet.

Am 8. Juli 2008 reichte das „Egerkinger Komitee“ die für eine Initiative nötigen Unterschriften bei der Bundeskanzlei ein. Rückblickend schrieb es dazu: „Die Unterschriftensammlung nahm einen Verlauf, wie er für Volksinitiativen eigentlich nicht charakteristisch ist. Das Initiativkomitee hat relativ wenige Aktionen zur Unterschriftensammlung organisiert. Trotzdem liefen Tag für Tag aus allen Regionen der Schweiz Unterschriften ein, gesammelt von Einzelpersonen, welche sich durch den Text der Initiative spontan motiviert fühlten, die Unterschriftensammlung zu unterstützen. Mehr als die Hälfte der eingereichten Unterschriften sind in dieser Form beim Initiativkomitee eingetroffen.“² Begründet wurde das Begehren damit, dass „das Minarett als Bauwerk ... keinen religiösen Charakter“ habe. „Es wird weder im Koran noch in andern heiligen Schriften des Islam auch nur erwähnt. Das Minarett ist vielmehr Symbol jenes religiös-politischen Macht- und Herrschaftsanspruches, der im Namen behaupteter Religionsfreiheit Grundrechte anderer – insbesondere die Gleichheit aller vor dem Gesetz – bestreitet, womit dieser Anspruch in Widerspruch steht zu Verfassung und Rechtsordnung der Schweiz. Wer – wie das im Islam Tatsache ist – die Religion über den Staat stellt, religiösen Anweisungen also höhere Geltung zuordnet als der im Rechtsstaat demokratisch ge-

schaffenen Rechtsordnung, gerät in der Schweiz unweigerlich in Widerspruch zur Bundesverfassung. Diesem Widerspruch kann nicht ausgewichen werden. Das Minarett ist das äusserliche Symbol dieses religiös-politischen Machtanspruchs, der verfassungsmässige Grundrechte in Frage stellt. Mit dem von der Initiative verlangten Verbot von Minaretten wird erreicht, dass der in der Verfassung niedergelegten Gesellschafts- und Rechtsordnung uneingeschränkte Gültigkeit (sic!) in der Schweiz garantiert bleibt. Nicht angetastet wird durch die Initiative die Glaubensfreiheit, die als Grundrecht jedem Menschen in der Verfassung garantiert ist.“³

Diese Argumentation verriet bereits, dass es um weit mehr ging als einfach nur um Minarette. In Wahrheit war den Initianten an einem Signal gegen die angeblich schleichende „Islamisierung“ der Schweiz gelegen. Das Minarett hatte also lediglich als Symbol für diffuse Bedrohungsgefühle herzuhalten, die der Islam bei zahlreichen Schweizerinnen und Schweizern auszulösen scheint. Wie auch Analysen nach der Abstimmung ergaben, waren für eine Mehrheit zugunsten des Minarettverbots ganz unterschiedliche Phänomene ausschlaggebend: so etwa die Scharia, die Genitalverstümmelung junger Mädchen, die Burka, sicher auch die allabendlichen Nachrichtenbilder aus Pakistan, Afghanistan und dem Irak sowie die faktische Geiselnahme zweier Schweizer Geschäftsleute durch das Regime in Libyen und last but not least die Nachwirkungen des 11. September 2001. Offenbar haben auch und gerade junge Frauen der Initiative zugestimmt, dies nicht zuletzt aufgrund negativer Erfahrungen mit bzw. Vorbehalten gegenüber männlichen Muslimen.

Die Gemengelage wurde von den Initiativgegnern weder in ausreichendem Maße ernst noch wahrgenommen. Und dieser Vorwurf betrifft sowohl die Mitte-

und Linksparteien als auch die beiden großen Landeskirchen, die sich für die Nein-Parole ausgesprochen hatten. Aus der Flut der mehr oder weniger klugen Analysen und Stellungnahmen der Abstimmungsverlierer⁴ ragt sicher die von Kurt Koch heraus. Der Basler Bischof und zum Zeitpunkt der Abstimmung noch amtierende Präsident der Schweizer Bischofskonferenz machte im Gespräch mit Radio Vatikan eine tiefe Identitätskrise des Christentums aus: „Die ganze Gesellschaft in Europa ist derart im Umbruch, dass die Identität der europäischen Länder ins Flottieren geraten ist. Und jetzt hat man eine Bedrohung gesehen, hat Angst vor der Islamisierung, so dass man plötzlich die eigene Identität sichern will, die man aber in normalen Zeiten gar nicht so sehr lebt und zum Tragen bringt. Deshalb muss jetzt auch klar gesehen werden, zu unserer christlichen Identität auch in einem weltanschauungsneutralen Staat wie der Schweiz zurückfinden. Nur wenn wir eine positive Identität haben, können wir auf andere zugehen. Wenn wir nur eine negative Identität haben, steht jede Begegnung unter einem schlechten Vorzeichen.“⁵

Auch die „Schweizerische Evangelische Allianz“ (SEA), die das Minarettverbot im Gegensatz zur ihr eigentlich nahestehenden EDU ablehnt, hat sich, wie das Abstimmungsergebnis zeigt, ganz offensichtlich kein Gehör verschaffen können. Bereits im März 2009 hatte sie eine Stellungnahme gegen die Initiative verabschiedet und publiziert, dies obwohl oder gerade weil das Anliegen „auch unter Christen, die der evangelischen Allianz nahe stehen, ein Anlass zu heftigen Diskussionen“ sei.⁶ Dass die Initiative gerade im evangelikalen Spektrum Anklang fand, zeigt ein Blick nach Adelboden im Berner Oberland: Hier gehört ein Drittel der Bevölkerung einer Freikirche an, und rund 80 Pro-

zent der Stimmenden sagten Ja zum Minarettverbot.⁷ Der Adelbodener EDU-Abgeordnete Erwin Burn kritisierte denn auch, dass sowohl die SEA als auch die evangelisch-reformierten Landeskirchen den Draht zur Basis verloren hätten.⁸

Wie es nun weitergehen soll, weiß derzeit niemand so recht. Die unterlegenen Gegner der Initiative hoffen mehr oder weniger deutlich ausgesprochen auf ein Machtwort des Schweizer Bundesgerichts bzw. aus Straßburg, also auf eine faktische Ungültigkeitserklärung des Minarettverbots. Rezepte, wie dem offenbar tief sitzenden Misstrauen dem Islam gegenüber begegnet werden könnte, haben jedoch auch sie nicht. Ebenso ist im Moment nicht absehbar, wie die Annahme des Minarettverbots die Beziehungen zur islamischen Welt beeinflussen wird. Der Zürcher Psychiater und Psychoanalytiker Berthold Rothschild, der in den Minaretten „die Blitzableiter unseres Ohnmachtsgefühls“ angesichts der Heimatlosigkeit in einer globalisierten Welt sieht, hat wohl Recht, wenn er meint, es sei in der Schweiz nun „viel Arbeit“ nötig, und zwar „untereinander, von Citoyen zu Citoyen und von Ansässigen zu Zugewanderten“.⁹

Anmerkungen

¹ Siehe www.minarette.ch/pdf/F4_Platkat.pdf.

² www.minarette.ch/darum_geht_es.html.

³ Ebd.

⁴ Eine Zusammenstellung bietet www.kath.ch/index.php?&na=12,0,312,0,d&all.

⁵ www.oecumene.radiovaticana.org/ted/Articolo.asp?c=338423.

⁶ Minarette verbieten hilft Kirchen und Christen nicht. Die Schweizerische Evangelische Allianz zur Debatte um ein Minarettverbot (see Dokumentation, stellungnahme nr. 92), 2009, 3, abrufbar unter www.each.ch.

⁷ Siehe dazu einen Beitrag des Schweizer Fernsehens: Evangelische Bastion in Adelboden, Schweiz aktuell, 2.12.2009, abrufbar unter <http://videoportal.sf.tv>.

⁸ Siehe ebd.

⁹ Neue Zürcher Zeitung (Schweizer Ausgabe), 9.12.2009, 23.

Was nun? – Ein Beitrag zur Versachlichung der Debatte um das Minarettverbot

„Der Bau von Minaretten ist verboten.“ – Um die Einfügung dieses Satzes in die Bundesverfassung der Schweiz ging es beim Volksentscheid am 29. November 2009. Er löste eine internationale Kontroverse über die Reichweite von und den Umgang mit Religionsfreiheit, über die Sichtbarmachung von symbolischen Orten, ja über den Islam und seine Erscheinungsformen in Europa aus.

Überraschend und erstaunlich hoch wurde die Initiative mit 57,5 Prozent der abgegebenen Stimmen angenommen. Nach den vier bislang mit Minaretten gebauten Moscheen – bei rund 130 islamischen Zentren – dürfen nun in der Schweiz keine neuen Moscheetürme errichtet werden.

Die Schweiz hat (wie Deutschland) rund fünf Prozent Muslime, die meisten von ihnen Bosnier, Kosovoalbaner und Türken. Deren bisheriger Integrationsprozess ließ ein solches Ergebnis nicht erwarten. Auch ertönt der Gebetsruf in der Schweiz nicht. Das Ergebnis scheint nicht allein, ja nicht einmal hauptsächlich auf das Verhalten von Muslimen in der Schweiz zurückzuführen zu sein. Es ging in der Tat um mehr und anderes als um Minarette (siehe vorstehenden Beitrag). Viele Initiativbefürworter betonten, es sei ihnen um den Anstoß einer grundsätzlichen und offenen Diskussion über den Einfluss des politischen Islam in Westeuropa gegangen. Das Minarett diene stellvertretend als Symbol für islamisch begründeten Terrorismus, für die Einschränkung von Menschenrechten und Religionsfreiheit durch einen scharia-dominierten Islam, für die Unterdrückung

und Verstümmelung der Frau, Zwangsehen und wachsenden Druck zur Verschleierung.

Das negative Image des Islam nährt sich zudem aus Ereignissen des vergangenen Jahrzehnts (wie dem Mord an Theo van Gogh in Holland, den Anschlägen in Madrid und London, dem Karikaturenstreit in Dänemark, der Schariadebatte in England) sowie aus der Einsicht, dass der seit Jahrzehnten relativ uneingeschränkt in Anspruch genommenen Entwicklungsfreiheit der Muslime im Westen die nach wie vor äußerst prekäre Situation von Minderheiten in mehrheitlich islamischen Ländern gegenübersteht. Für viele der Stimmenden war ausschlaggebend, dass die Religionsfreiheit genau dann und grundsätzlich in Gefahr gerät, wenn sie für die Propaganda eines eben diese Freiheit in Frage stellenden Gedankensystems missbraucht wird. Hinzu kommt der Überdruß vieler Menschen angesichts der ihrer Meinung nach laxen Haltung der politisch Verantwortlichen, die eine solche Gefahr nicht sehen wollen und eine öffentliche Debatte darüber verhindern oder sich ihr wirkungsvoll entziehen.

Vor allem die ländlichen Regionen haben für die Initiative votiert, allerdings nicht nur die ältere Bevölkerung, sondern auch viele junge Menschen, insbesondere Frauen. Ungewohnte Koalitionen trugen zum Erfolg der Initiative bei. So stimmten linke Aktivisten Seit’ an Seit’ mit konservativen Christen. Sicher hat ein Konglomerat an Überfremdungsängsten und Bedrohungsgefühlen eine Rolle gespielt. Sicher kann die Schweizerische Volkspartei (SVP)

mit ihrer rechtspopulistischen, eben jene Ängste instrumentalisierenden und schürenden Kampagne ein Gutteil des Erfolgs für sich verbuchen. Man wird jedoch nicht sagen können, dass das Volk schlicht auf Parolen hereingefallen sei. Der Protest und die symbolische Botschaft gegen den religiös-politischen Machtanspruch des Islam und eine Anspruchsmentalität, die Respekt und Toleranz hauptsächlich einfordert, lassen sich nicht nur Rechtspopulisten und Ausländerfeinden zuschreiben. Vor diesem Hintergrund sollte ein Fehler auf jeden Fall vermieden werden: die Initiative vollends in die rechte Ecke abzuschieben und damit den Extremen das Feld zu überlassen. Das war der Fehler im Vorfeld der Abstimmung. Die Initiativgegner – darunter die Regierung und wichtige politische Parteien, die Kirchen und Vertreter des Judentums – wiegten sich wie auch viele Muslime offenbar zu sehr in Sicherheit. Entscheidend wird nun sein, eben die Instrumentalisierung von rechts offen anzugehen und zu einer sachlichen Debatte zu kommen. Dies wird nur dadurch geschehen, dass die Sachfragen von der ressentimentgeladenen Kampagne und damit eine notwendige kritische Auseinandersetzung von dumpfer Stimmungsmache getrennt werden. Es gibt nicht wenige Muslime, die dies verstanden haben und signalisieren, dass sie eine (selbst-)kritische Wende für unabdingbar halten. Den Politikwissenschaftler Hamed Abdel-Samad (München) überrascht das Ergebnis nicht; er sieht darin eine Chance zur Veränderung. Ähnlich der Publizist und Medienwissenschaftler Khaled Hroub (Cambridge) oder auch der ehemalige islamische Extremist Tawfik Hamid (Arlington / Virginia). Auch Schweizer Muslime blicken nach vorn und suchen neue Wege der Öffnung und Transparenz.

Die Sache ist vielschichtig und die Lage nach der Volksabstimmung offen für ver-

schiedene Szenarien. Einfaches Schwarz-Weiß wird der Realität nicht gerecht.

- Die Religion der muslimischen Nachbarn unsichtbar machen zu wollen, kann kein vernünftiger Weg des uns aufgetragenen gesellschaftlichen Miteinanders sein. Zur freien Religionsausübung gehört auch der Bau von Gebetsstätten. Wenn Muslime ein Minarett als zur Moschee gehörig betrachten (auch wenn dies anerkanntermaßen *nicht wesentlich* für den Islam ist), sollte dies im städtebaulich und baurechtlich vorgegebenen Rahmen respektiert werden. Die Minarettinitiative verstößt insofern gegen die Religionsfreiheit und das Diskriminierungsverbot.
- Die Lage von Christen und anderen Minderheiten in mehrheitlich islamischen Ländern kann uns nicht gleichgültig sein. Auf sie ist immer wieder in geeigneter Weise aufmerksam zu machen und Verbesserung einzufordern. Dennoch kann Unrecht dort nicht mit minderem Recht hier vergolten werden. Wir wollen ja hier gerade nicht Verhältnisse wie dort. Die Religionsfreiheit und die damit verbundenen demokratischen Rechte sind ein historisch mühsam errungenes Gut, auf das wir zu Recht stolz sind und das gerade nicht aufs Spiel gesetzt werden darf.
- Das Minarett dient dazu, den Gebetsruf (*adhan*) erschallen zu lassen. Dennoch ist das Minarett vom Gebetsruf zu unterscheiden. Es ist keineswegs zwingend und nicht einmal sehr häufig so, dass auf das Minarett der öffentliche Gebetsruf folgt. Dieser ist im Gegensatz zu jenem mit einer klaren Botschaft verbunden – die Proklamation des islamischen Glaubensbekenntnisses eingeschlossen – und daher anders zu behandeln (siehe dazu MD 1/2010, 25-27).
- Zweifellos: Minarette sind – auch – Machtsymbole; Minarette sind – auch – „Siegessäulen“; Minarette signalisieren –

auch – die Präsenz des Islam und markieren islamisches Territorium. Doch auch wenn militante Gedichte wie die eines Ziya Gökalp von Ende des 19. Jahrhunderts zitiert werden (so T. Erdogan 1998 in der Türkei – dies war dort umstritten und wurde dort bestraft), ist damit nicht *die* Ideologie des Minarets oder gar *des* Islam beschrieben. Religionsgeschichtlich gesehen kommt man hier leicht in die Gefahr, mit einem Finger auf den anderen zu zeigen, während drei Finger auf einen selbst zurückweisen. Die Probleme müssen konkret und an der Stelle benannt werden, an der sie auftauchen. Eine Stellvertreterdebatte, wie sie von der Initiative geführt wurde, die Minarett sagt und Islamisierung der Gesellschaft meint, zahlt für „Kollateralschäden“ einen hohen Preis (Schlag für integrationswillige und integrierte Muslime, Zuarbeit für Radikale). Emotionen eignen sich nicht für ein Plebiszit.

- Zugleich gilt: Von der Wiederholung der allzu einfachen Parole, dass die realen Schwierigkeiten mit islamischen Einstellungen weniger mit *dem* Islam als mit kulturellen und ethnischen Eigenheiten zu tun hätten, sollte man sich nichts erhoffen. So zutreffend es ist, dass die „reine Lehre“ von der komplexen inkulturierten Gestalt einer Religion zu unterscheiden ist, so wenig hilfreich ist es, durch den Verweis auf den „wahren“ Islam (der Frieden bedeute, die Frauen schütze und die Menschenrechte allererst mit der Gerechtigkeit Gottes versöhne) von aktuellen Problemen abzulenken. Wenn denn etwa die Behandlung der Frauen auf archaische patriarchalische Auffassungen und Gewalt und Repression schlicht auf Missverständnisse des Islam zurückzuführen sind, dann ist es höchste Zeit, dies nicht nur gebetsmühlen-

artig zu wiederholen, sondern die religiösen und pseudo-religiösen Begründungs- und Legitimationsstrukturen zu erkennen, aufzudecken und offensiv aufzuarbeiten, die sich eben dabei auf Koran und Sunna berufen. Dazu bedarf es offensichtlich nicht weniger als eines historisch-kritischen Verständnisses des Korans.

Nicht die „Islamophobie“ bedroht die Demokratie (wie der deutsche Verband der islamischen Kulturzentren meint), sondern der unkritisch verstandene und legitimierte Islam.

- Das Ergebnis arbeitet den Radikalen zu, auf allen Seiten. Das ist der negative Haupterfolg der Minarettinitiative. Rechte Ressentiments und Ausländerfeindlichkeit dürfen aber nicht bedient werden. Die Abstimmung trifft auch und besonders hart die vielen Muslime, die integriert sind, durch ihre Arbeit zum Wohl der Gesellschaft beitragen und die Forderungen des politischen Islam nicht unterstützen.

- Das Ergebnis zeigt allerdings auch, dass Integrationsdefizite (Stichworte: Sprachfähigkeit, Bildung, Parallelgesellschaft) und der Einfluss einer intoleranten islamisch-politischen Agenda unübersehbar geworden sind. Man kann die dadurch auftretenden Probleme nicht (mehr) aussitzen. Das fängt an, wo zum Beispiel Minarette höher und anders gebaut werden als vorgesehen (wie in Berlin und Esslingen) oder wo islamisch begründete Gewalt mit beifälligem Schweigen oder gar unverhohlener Unterstützung begleitet wird (wie zuletzt beim Anschlag auf den seit Jahren unter Polizeischutz lebenden dänischen Karikaturisten Kurt Westergaard Anfang Januar 2010). Minarette sind kein zentrales Thema des Dialogs – die klare Positionierung von Muslimen in Sachen Grundrechte, Religionsfreiheit, Menschenwürde schon.